

„Lassen Sie dieses Schreiben bitte nicht unbeachtet“

Die Stadt Bochum lässt typische Behördenbriefe von einem Germanisten in eine freundlichere Sprache übersetzen

Bochum – Eine Sprachrevolution bahnt sich in den Amtsstuben der Stadt Bochum an: Statt in „Beamtendeutsch“ oder auf „Behördenchinesisch“ sollen Schreiben an Bürgerinnen und Bürger künftig in einer freundlichen und leicht verständlichen Sprache verfasst werden. Die Stadt hat zu diesem Zweck den Germanisten Hans-Rüdiger Fluck engagiert. Bis März nächsten Jahres sollen „typische Verwaltungsschreiben“ auf diese Weise übersetzt werden.

Nicht jedem dürfte klar sein, was zu erwarten ist, wenn notfalls „nach Aktenlage“ gegen ihn entschieden wird. „Da liegen die Akten nicht schief oder stehen auf dem Kopf“, erklärt Fluck. „Dann wird einfach nach der Schriftkommunikation entschieden, die bisher vorliegt.“

Wenn jemand nicht reagieren kann, ist das für die Behörde ein „Hinderungsgrund“ – ein Wort „das eigentlich so im Alltag überhaupt nicht vorkommt“. Aber auch der Professor weiß: „Wer immer in so einem Verwaltungsstil geschrieben hat, dem fällt es schwer, seinen Stil von heute auf morgen zu ändern.“

Doch genau mit diesem Ziel ist Fluck im Auftrag der Stadt Bochum angetreten. Das Projekt, bei dem Mitarbeiter des Rechts-, Bau- und Sozialamtes eng mit den Wissenschaftlern der Ruhr-Universität zusammenarbeiten, ist auf ein Jahr angelegt. „Im März nächsten Jahres sollten wir zu greifbaren Ergebnissen kommen“, berichtet Fluck. Angesichts der Fülle der Formulare konzentrieren sich der Professor und seine Mannschaft auf

„typische Verwaltungsschreiben“, wie etwa Bußgeld-Bescheide. „Unser Ziel ist es, die Texte erstens verständlicher und zweitens sympathischer und akzeptabler zu machen.“

Nach Lust und Laune dürfen die Experten dann aber doch nicht formulieren. Zwar haben sie weitgehend freie Hand, jedoch „unter der Prämisse, dass die Texte rechtssicher bleiben, dass sie juristisch haltbar und wasserdicht sind“, schränkt Fluck ein. „Ein Bußgeldbescheid bleibt ein Bußgeldbescheid, da muss am Ende bezahlt werden, egal wie auch immer er formuliert ist.“ Schön ordentlich gegliedert präsentiert sich ein erster Entwurf der neuen Generation von Bescheiden. „Sollten Sie dieses Schreiben unbeachtet lassen, bin ich ver-

pflichtet...“, lautete es in der Vorlage. Deutlich freundlicher klingt dagegen: „Lassen Sie dieses Schreiben bitte nicht unbeachtet.“ Im Vordergrund der Arbeit steht das Ausmerzen von „typischen Merkmalen der Beamtensprache“. Fluck nennt die Nominalisierung, also die Reihung von Hauptwörtern, unheimlich lange Sätze oder die häufige Verwendung von Abkürzungen. Die Gegenstrategie lautet: „Mehr verbal, relativ, der Allgemeinsprache angenähert“. Zu beachten sei auch die sprachliche Gleichstellung zwischen Mann und Frau. Aber auch hier stoßen die Wissenschaftler an Grenzen: „Den Rechtsbegriff ‚Bauherr‘ können wir natürlich nicht beseitigen. Wir können nicht die Gesetzessprache reformieren.“

Ingo Bierschwale/dpa